

»Der soziale  
Wohnungsbau  
erfolgt mit  
Weitsicht.«

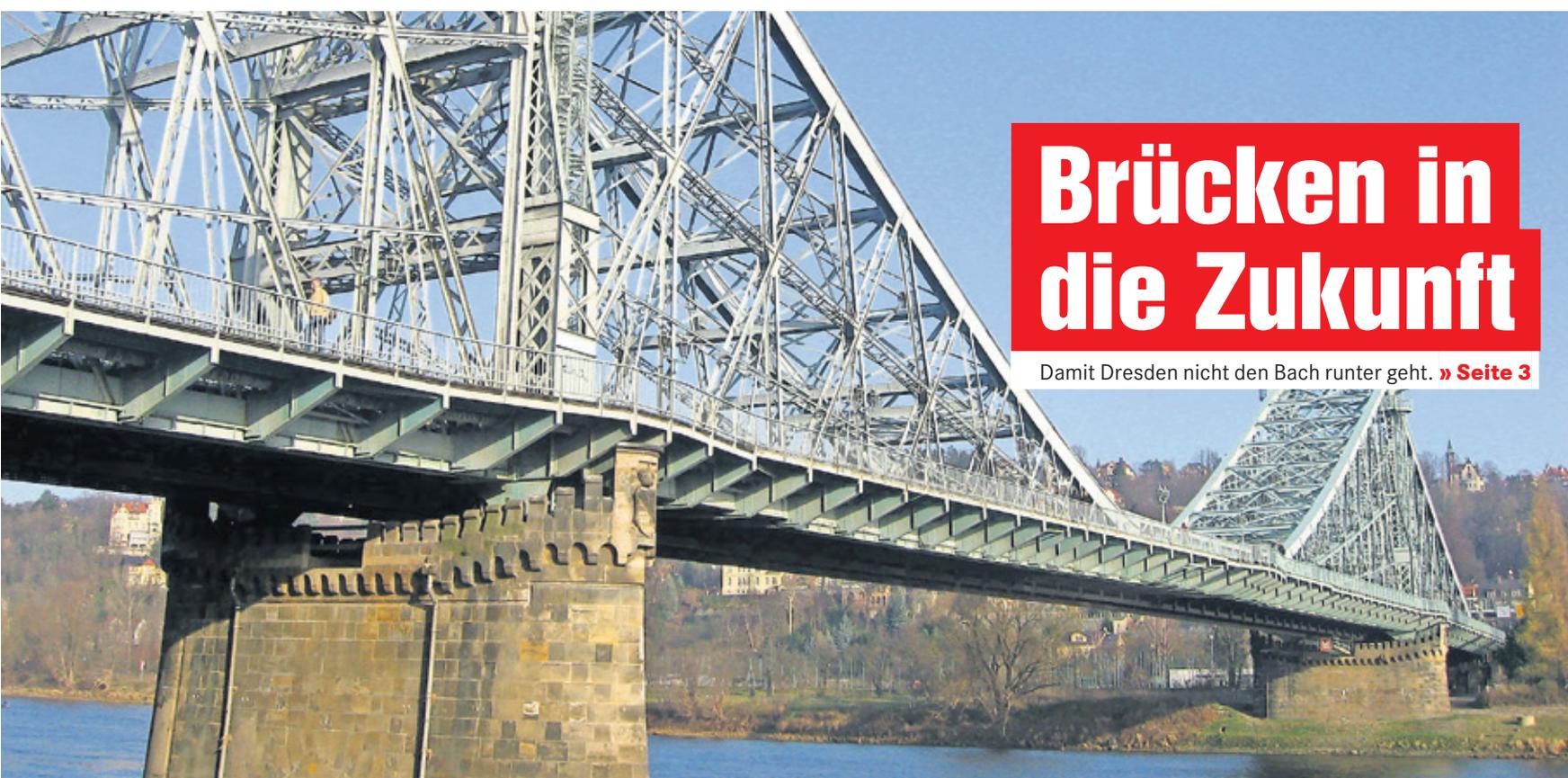
Tilo Wirtz



# VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Juli 2020



**Brücken in  
die Zukunft**

Damit Dresden nicht den Bach runter geht. » Seite 3

## Interessen vertreten!

Nicht nur in Corona-Zeiten gilt: Wenn akute Interessen keine Vertretung finden, dann erwächst aus Misstrauen schnell Irrglaube.

Bei den so genannten Hygienedemos der letzten Wochen feierten teils krude Verschwörungstheorien fröhlich (und mitunter gefährlich) Urständ. Oftmals antidemokratisch, mitunter rassistisch – werfen sie doch eine Frage auf: Woher kommt das dort vorgebrachte tiefe Misstrauen gegenüber der Regierung, der Politik insgesamt, gegenüber den Medien, den öffentlichen Institutionen? Nicht jedem Irrglauben kann man argumentativ beikommen, manch einem nicht mal sozialtherapeutisch. DIE LINKE ist jedoch dort gefragt, wo der politischen Interessenvertretung unterstellt wird, sie verträte nicht mehr die, von denen sie gewählt sei, und Behörden nachgesagt wird, sie seien nicht für die Menschen da, sondern würden gegen sie agieren. Es braucht nicht den Blick in die USA und den Tod George Floyds, um den Vertrauensverlust in behördliche Institutionen nachzuvollziehen. Und der Vertrauensverlust in

die politische Klasse hat nicht erst mit der anrühenden Lobbyarbeit eines CDU-Jungstars begonnen. Es fängt an bei Kulturschaffenden, die in Corona-Zeiten händeringend nach Unterstützung bei Mietzahlungen suchen, bei Kleingärtnern, die um ihr zweites Heim bangen, wenn es einem Großprojekt weichen soll, bei Schulen, die fürchten, wegen einer Haushaltssperre nach Holzhammermethode keine neuen Schulbücher mehr besorgen zu können, bei Mieterinnen und Mietern, die explodierende Mietpreise fürchten und auf öffentlichen, sozialen Wohnungsbau hoffen und auch bei Straßenmusikantinnen und -musikanten, die auf eine Verwaltung treffen, die ihnen Stöcke zwischen die Beine wirft. Eine Interessenvertretung, die Vertrauen rechtfertigen will, muss auf diese Fragen Antworten finden – so wie wir es in der aktuellen Ausgabe unserer Zeitung versuchen.

Thomas Feske

## KLAUSURTAGUNG

## Finanzen planen.

Die Fraktion DIE LINKE kam Mitte Juni zu einer zweitägigen Klausurtagung zusammen. Thematischer Schwerpunkt war die gegenwärtige finanzielle Situation der Landeshauptstadt Dresden und die Vorbereitung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2021/2022. Zu Gast waren daher auch die Sozialbürgermeisterin Dr. Kris Kaufmann, die Kulturbürgermeisterin Annekatrin Klepsch und der Finanzbürgermeister Dr. Peter Lames.

Die Fraktion verständigte sich auf der Klausur einvernehmlich, sich den von Oberbürgermeister Hilbert beabsichtigten Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich entschieden entgegen zu stellen. Angesichts der gravierenden Folgen der Corona-Pandemie ist gerade dort mehr Geld nötig und nicht etwa weniger. Die Krise hat bereits genug Jobs gekostet, jetzt dürfen nicht Kürzungen zu noch mehr Kurzarbeit und Arbeitsplatzabbau führen.

Wie wir die Weichen in eine andere Richtung stellen können, erklärt unser Fraktionsvorsitzender André Schollbach im Interview auf » Seite 3. Darüberhinaus widmet sich eine ganze Doppelseite einzelnen Problembereichen rund um die Krisenbewältigung.

» Seiten 6 und 7

## IM GESPRÄCH MIT Leo Lentz

### 1. Was hat dich dazu motiviert für den Stadtrat zu kandidieren?

Mitzureden, zu diskutieren und Alternativen auszuloten, habe ich schon relativ früh gelernt, als ich als Schülersprecher\*in und im Landesschülerrat aktiv war. Das hat mich auch nach meiner Schulzeit noch lange begleitet, bis ich schließlich der Partei DIE LINKE beigetreten bin.

In Dresden leben etwa 90.000 Menschen, die zwischen 18 und 30 Jahren alt sind. Mir war es wichtig, dass unsere Partei zur Kommunalwahl ebenso Kandidat\*innen ins Rennen schickt, mit denen sich viele junge Wähler\*innen identifizieren können. Im Wahlkampf und dem Ergebnis in der Neustadt hat sich auch gezeigt, dass wir mit vielen frischen Ideen und Aktionen Wähler\*innen erreichen und überzeugen konnten.



Leo Lentz sitzt für uns in den Ausschüssen für Umwelt, für Soziales und Wohnen sowie im Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen.

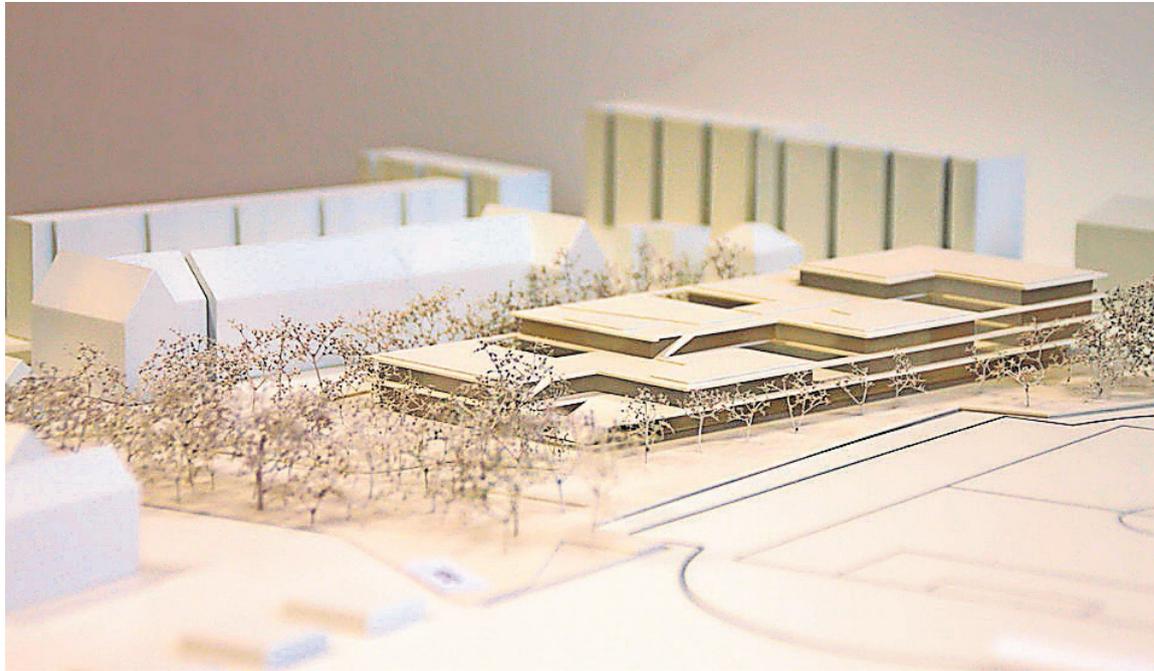
### 2. Welche politischen Ziele verfolgst du in der gegenwärtigen Wahlperiode?

Eine Stadt Dresden, in der ich gerne leben möchte, ist sozial, nachhaltig und vielfältig. Um das zu erreichen, ist es mir ein Anliegen, jenen eine Stimme zu geben, die sonst kaum und gar nicht gehört werden. Projekte in den Bereichen Gleichstellung und Soziales müssen ausreichend finanziert und umgesetzt werden. Mit der linksjugend Dresden haben wir uns intensiv an der Erstellung des Kommunalwahlprogramms beteiligt. Da gibt es nun viele, auch mal kleinere, Projekte, die ich Stück für Stück angehen will. Dazu zählt zum Beispiel das Hissen der Regenbogenflagge zum Christopher Street Day oder die kostenlose Bereitstellung von Hygieneprodukten für menstruierende Menschen.

*Die Fragen stellte Jana Neveling*

# Neues Gymnasium LEO

Interessen aller abwägen – Bürgerschaft beteiligen!



Siegerentwurf des zukünftigen Gymnasiums LEO. Präsentiert von den Architekten Isfort + Isfort.

Seit Jahren weist der Schulnetzplan in der Planungsregion Linkselbisch-Ost ein Defizit im Gymnasialbereich aus. In den vergangenen Jahren wurden von der Stadtverwaltung verschiedene Standorte auf kommunalen und privaten Grundstücken zur Errichtung eines Gymnasiums geprüft. Da im zentralen Stadtgebiet kaum noch Flächen mit der entsprechenden Größe von ca. 20.000 m<sup>2</sup> verfügbar sind, war die Standortsuche ausgesprochen schwierig. Im Ergebnis präsentierte die Verwaltung das Grundstück auf der Werferwiese neben der Margon-Arena an der Bodenbacher Straße als einzige in Frage kommende Variante.

Unterdessen wurde das Gymnasium Linkselbisch-Ost, kurz LEO, im Sommer 2019 am Standort Bertelsdorfer Weg in Seidnitz vorgegründet. Nach der Errichtung des Neubaus soll die Schule zu einem vierzügigen Gymnasium aufwachsen. Allerdings gab es von Anfang an Probleme mit dem von der Verwaltung favorisierten Standort an der Bodenbacher Straße. Ansässige Sportvereine, eine Bürgerinitiative und eine Eigentümergesellschaft befürchteten die Missachtung der Interessen von Naturschutz und Sporttreibenden, sowie den Wertverlust ihrer Immobilien.

Nachdem einer ersten Petition im letzten Jahr nicht abgeholfen wurde, konnten die Petentinnen und Petenten im zweiten Anlauf zumindest einen Teilerfolg für sich verbuchen. Gemeinsam mit dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sowie dem Schulverwaltungsamt, dem Eigenbetrieb Sportstätten, den Sportvereinen und der Schulleitung des Gymnasiums LEO soll nun eine Vor-Ort-Begehung stattfinden.

In meiner Funktion als Mitglied in den Ausschüssen für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sowie Bildung habe ich mich im Februar mit Vertreterinnen und Vertretern der Bürger- und Eigentümerinitiative getroffen und anschließend zwei schriftliche Anfragen an die Verwaltung gerichtet. Deren Antworten kann man entnehmen, dass es in diesem hoch komplexen Verfahren wenig Spielraum gibt. Wir werden als Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat darauf achten, dass möglichst viele der angemeldeten Interessen bei der Umsetzung des bereits gefassten Stadtratsbeschlusses zur Errichtung des Gymnasiums LEO berücksichtigt werden.

*Anne Holowenko*

## FRAKTION

# Neuer Vorstand

Die Fraktion hat Ende Mai auf einer turnusmäßigen Fraktionssitzung den Fraktionsvorstand neu gewählt. Dabei wurde André Schollbach erneut zum Vorsitzenden gewählt. Er ist unter anderem Mitglied des Ausschusses für Finanzen.

Anja Apel wurde zur neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Arbeitsschwerpunkte von Anja Apel liegen in den Bereichen Bildungspolitik und Kulturpolitik. Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes zählen künftig Stadträtin Katharina Hanser, Stadträtin Pia Barkow und Stadtrat Magnus Hecht.

Die langjährigen Mitglieder des Fraktionsvorstandes, Dr. Margot Gaitzsch und Tilo Kießling, haben nicht erneut für den Vorstand kandidiert.



Mit Engagement: Der neue Fraktionsvorstand.

# Die Verteidigung der sozialen und kulturellen Errungenschaften.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen neuen Fraktionsvorstand gewählt und André Schollbach im Amt des Fraktionsvorsitzenden bestätigt. Fraktionsgeschäftsführer Thomas Feske sprach mit ihm über die aktuellen politischen Herausforderungen.



Setzt sich für den Erhalt sozialer und kultureller Errungenschaften ein: LINKE - Fraktionsvorsitzender André Schollbach.

**Thomas Feske: Der neue Fraktionsvorstand ist gewählt – inwieweit ist das wichtig für die Arbeitsfähigkeit der Fraktion? Welche Rolle spielt der Vorstand in der alltäglichen Arbeit?**

André Schollbach: Zuerst möchte ich Margot Gaitzsch und Tilo Kießling ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Beide haben nicht erneut kandidiert, aber über viele Jahre hinweg mit großem Engagement im Fraktionsvorstand mitgearbeitet und maßgeblich zu den Erfolgen der LINKEN im Stadtrat in den letzten Jahren beigetragen. Im neu gewählten Vorstand sind nun sowohl erfahrene als auch neue Fraktionsmitglieder unterschiedlicher Generationen vertreten, was für die gemeinsame Arbeit in der Fraktion gewiss förderlich sein wird. Der Fraktionsvorstand ist im Wesentlichen damit befasst, die Entscheidungen der Fraktion und deren Sitzungen vorzubereiten sowie drängende Probleme zu bearbeiten, die zwischen den Fraktionssitzungen anfallen.

**Du bist erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden und vertrittst die Fraktion zu einem wichtigen Teil nach außen. In der aktuellen Situation gilt es, harte Kämpfe auszutragen, um vor allem das soziale und kulturelle Leben in der Stadt zu stützen und zugleich mit einer zukunftsfesten Finanzsituation der Stadt die nächsten Jahre zu bestreiten. Wo positionierst Du Dich da und mit Dir die Fraktion im Stadtrat?**

Angeichts der gegenwärtigen Haushaltsplanungen von Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) und Finanzbürgermeister Peter Lames (SPD) drohen in den kommenden Jahren erhebliche Einschnitte im kulturellen und sozialen Bereich. Vieles, von dem, was in den vergangenen Jahren in Dresden geschaffen und aufgebaut wurde, droht erheblichen Schaden zu nehmen. Mit dieser Politik des Streichens und Kürzens würden die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht nur nicht gemildert, sondern sogar erheblich verschärft. Die Leidtragenden wären insbesondere jene Menschen, die infolge der Corona-Krise ohnehin schon gebeutelt sind. Wir von der LINKEN werden uns deshalb mit ganzer Kraft dafür einsetzen, diesen falschen Weg nicht zu beschreiten, sondern die Weichen in eine andere Richtung zu stellen. In dieser Situation kommt der LINKEN die Aufgabe als Verteidigerin der sozialen und kulturellen Errungenschaften in unserer Stadt zu.

**»Wollen mit all unserer Kraft die negativen Auswirkungen der Krise abmildern.«**

**Auch der Oberbürgermeister hat proklamiert, den sozialen Frieden in Dresden erhalten zu wollen. Konterkariert der Finanzbürgermeister mit seiner radikalen Haushaltssperre nicht genau dieses Vorhaben?**

Bei aller Kritik im Detail ist anzuerkennen, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Sächsische Staatsregierung weitreichende Maßnahmen eingeleitet haben, um den Kommunen zu helfen und die wirtschaftlichen und finanziellen Folgeschäden der Corona-Krise zu begrenzen. Der Freistaat Sachsen hat für die Kommunalfinanzen einen Schutzschirm im Umfang von 750 Millionen Euro aufgespannt und der Bund hat ein Konjunkturpaket in Höhe von 130 Milliarden Euro geschnürt. Man kann mit Fug und Recht von einem »Wumms« sprechen, mit dem die Krise bewältigt werden soll. Und was macht nun die Landeshauptstadt Dresden mit Oberbürgermeister Hilbert daraus? Statt ebenfalls mit einem ordentlichen finanziellen Wumms zur Krisenbewältigung beizutragen, kommt noch nicht einmal ein kleines »Wümmlein« zustande. Ganz im Gegenteil: Statt jetzt Geld auszugeben, auf das so viele Menschen so dringend angewiesen sind, erleben wir die fatale Politik der Haushaltssperre. Und zwar im Unterschied zu nahezu allen anderen sächsischen Kommunen. Und obwohl die Städte und Gemeinden von der Regierung ausdrücklich von der Verpflichtung zu Corona-bedingten Haushaltssperren befreit wurden. Während Bund und Land angesichts der Krise den Gürtel lockern, wird er gleichzeitig in Dresden enger geschnallt. Von der Stadtspitze werden die auf Bundes- und Landesebene eingeleiteten Maßnahmen damit geradezu konterkariert. Das ist eine wirtschafts- und finanzpolitische Geisterfahrt. Dieser Irrweg sollte schleunigst verlassen werden.

**Konkret: Welche Alternativen gibt es, Dresden finanziell handlungsfähig zu halten und trotzdem keinen irreparablen Flurschaden zu hinterlassen?**

Die Kommunen müssen voll handlungsfähig bleiben, um die bestehenden Herausforderungen meistern zu können. Die solide Finanzierung der erforderlichen Ausgaben ist machbar. So kann die Bildung von Sondervermögen mit der externen Finanzierung von Investitionen den städtischen Haushalt erheblich entlasten und damit dringend notwendige finanzpolitische Spielräume eröffnen. Deshalb schlagen wir vor, dieses

**»Die Bildung von Sondervermögen kann Spielräume für nötige Investitionen eröffnen.«**

Instrument insbesondere für einen Teil der anstehenden umfangreichen Investitionen im Schulbereich einzusetzen. Finanzpolitisch ist es vernünftig, nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur nicht auf einen Schlag aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren.

*Die Fragen stellte Thomas Feske*

# Kleingärten im Wandel

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 04. Juni 2020 die Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes.

Das Kleingartenwesen in Dresden hat eine lange Tradition. Die ersten Gartenvereine entstanden ab dem Jahr 1890. Zu den ältesten Kleingartenvereinen gehören der »Naturheilverein Dresden-Löbtau und Umgegend« e.V. und »Worms« e.V.

Derzeit gibt es in Dresden 361 Kleingartenvereine auf einer Fläche von etwa 760 Hektar. Davon gehören allein 440 Hektar der Landeshauptstadt Dresden. Andere Eigentümer sind der Freistaat Sachsen, verschiedene Wohnungsgenossenschaften, die Bahnlandwirtschaft, der Forst, die Kirche, Privatpersonen oder Stiftungen.

Der Vorentwurf des Flächennutzungsplans führte zu Beginn der 90er Jahre zu großen Unruhen unter den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern, da etwa 1/3 der Flächen vollständig und 1/3 der Flächen teilweise umgenutzt werden sollten, so dass im Jahr 1995 mit dem Beschluss des Stadtrates der Kleingartenbeirat einberufen wurde. Dieser sollte vorhandene Probleme behandeln und zu einvernehmlichen Lösungen verhelfen. Ein Jahr später kam es dann zum Beschluss des Kleingartenentwicklungskonzeptes und der stetigen Fortschreibung dessen. Damit sollen die Interessen der Kleingärtnerinnen und Kleingärtner in Form von Richtlinien und unter Berücksichti-



Ein Garten der Kleingartenanlage Gartenfreunde II e.V.

gung von sich ändernden Rahmenbedingungen in die Stadtplanung einfließen und in erster Line vor allem den bedarfsgerechten Bestandserhalt gewähren. In der aktuellen Fortschreibung wurde das Monitoring für systematische Bedarfsumfragen verbessert und das Hochwasserschutzkonzept feingliedriger gestaltet, besonders mit Blick auf das Verlagerungsmanagement und mögliche Konflikte durch die Umlagerung auf Ersatzflächen.

## Ein »Run« auf Kleingärten

Die Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes ist damit ein wesentlicher Bestandteil zum Schutz und bedarfsgerechten Erhalt von Gärten in ihrer ökologischen, klimatischen und sozialen Funktion. Besonders in den Städten ist die Nachfrage größer als der Bestand. Mit Corona erleben wir gerade einen regelrechten »Run« darauf. So hat sich bei manchen Dresdner Kleingar-

tenvereinen die Warteliste durch Corona mehr als verdoppelt. In Städten wie Berlin oder Leipzig, mit einer besonders hohen Nachfrage für Kleingärten, ist die Wartezeit von durchschnittlich 3-5 Jahren auf 7-10 Jahre hochgeschwollen.

## Ergänzung neuer Formen

Ein besonders wichtiger und ganz neuer Punkt in der Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes ist die Aufnahme der urbanen Garteninitiativen und Gemeinschaftsgärten. Hier hat sich die Stadtverwaltung das Ziel gesetzt, das urbane Gartenwesen mit dem traditionellen Kleingartenwesen zu verbinden. Als Jurymitglied für den Wettbewerb der schönsten Kleingartenanlagen in Dresden zeichnet sich auch bereits ein Generationenwandel ab - mit Trend zu jüngeren Vorständen und hin zum naturnahen und nachhaltigen Gärtnern.

Wir als Fraktion DIE LINKE. wollen allen Dresdnerinnen und Dresdnern ihren eigenen, individuellen Gestaltungssowie Erholungsraum in der Stadt ermöglichen, denn die Landeshauptstadt steht ganz klar in der Verantwortung, das traditionelle Kleingartenwesen zu erhalten sowie urbane Garteninitiativen auf unbürokratischem Wege zu unterstützen. *Katharina Hanser*

## KLIMAWANDEL

### Umstellung zu Ökostrom voranbringen

Die älteren Dresdnerinnen und Dresdner unter uns erinnern sich sicher noch an das Heizkraftwerk Dresden-Mitte. Mit Braunkohle befeuert, wurde es im Allgemeinen als »Dreckschleuder« bezeichnet. Das war es auch. Auf den Fensterbrettern der umliegenden Häuser lag schwarzer Staub. Erst im Jahr 1994 wurde das Kraftwerk im Stadtzentrum Geschichte und die Bewohnerinnen und Bewohner konnten aufatmen. Bereits seit 1965 gab es ein zweites Kraftwerk an der Nossener Brücke - ebenfalls auf Braunkohlebasis. Endlich 1995 wurde dieser Standort zum damals sehr modernen Gasturbinenkraftwerk umgebaut. Von dort aus versorgt die DREWAG seit 1997 viel dresdner Haushalte und Unternehmen mit Strom und Wärme.

Spätestens der atomare Supergau in Fukushima rückte das Thema regenerativer Energiequellen stärker ins Bewusstsein und auch die DREWAG muss sich mit dem Thema auseinandersetzen, dass trotz

moderner Kraft-Wärme-Kopplung, Erdgas als fossiler Brennstoff endlich ist. Ein Umdenken steht an. Die DREWAG investiert in Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Außerdem wird in Energiespeicher investiert.

Auf dieser Basis aufbauend entstand ein Gemeinschaftsantrag der LINKEN, SPD und GRÜNEN. Damit soll die DREWAG noch stärker als bisher die Umstellung auf regenerative Energieträger voranzutreiben. Es soll ein Stufenplan entwickelt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der aufzeigt, welchen konkreten Anteil die DREWAG zum Erreichen der von der Bundesregierung beschlossenen Klimaneutralität bis 2050 leisten wird. Dieser Stufenplan soll erstmalig in der Mittelfristplanung 2021 - 2024 ausgewiesen werden.

Darüber hinaus sollen in Zusammenarbeit mit verschiedenen Forschungseinrichtungen weitere Potenziale zur Energiespeicherung entwickelt und in die Praxis um-

gesetzt werden. Außerdem sollte durch den Antrag die Stromversorgung der Stadtverwaltung sowie aller Eigenbetriebe und der städtischen Unternehmen bis zum

01.01.2025 zu 100 % auf Strom aus erneuerbaren Energiequellen (kurz: Ökostrom) umgestellt werden. Der Antrag muss noch in den Gremien beraten werden. *Margot Gaitzsch*



Margot Gaitzsch, Stefan Engel und Wolfgang Deppe stellen den Antrag vor.

**COSSEBAUDE****Hoffnung für das Stauseebad**

**E**s ist eines der beliebtesten Bäder in der Region Dresden. Tausende Menschen erfrischen sich jährlich in dessen kühlen Nass. Doch der Fortbestand des Stausees ist in akuter Gefahr. Das Unternehmen Vattenfall, Betreiber des Pumpspeicherwerks Niederwartha beabsichtigt dessen Stilllegung – das Pumpspeicherwerk hat seine Nutzungsdauer inzwischen weit überschritten. Die DREWAG geht von Sanierungskosten in Höhe von mindestens 90 Millionen Euro aus und strebt daher eine Übernahme und Betreibung der Anlagen nicht an.

Doch mit der Stilllegung des Pumpspeicherwerks drohen für das Stauseebad gravierende Konsequenzen. Auf Anfrage des LINKE-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach teilte Oberbürgermeister Dirk Hilbert mit, dass daraus »eine deutliche Absenkung des Stauziels im unteren Stausee und damit faktisch notwendige Einstellung des Badebetriebs im unteren Staubecken« resultiert. »Mit der Einstellung des PSW-Betriebs wird demnach kein unterer Stausee mehr vorhanden sein«, schreibt Hilbert weiter.

Aus Sicht von André Schollbach muss für dieses Problem eine Lösung gefunden werden. Nach seiner Auffassung ist der Neubau eines Schwimmbeckens keine sinnvolle Alternative: »Gerade der Reiz des Stausees macht die Attraktivität des Bades aus.« Er hakte deshalb sowohl bei der Geschäftsführung der DREWAG als auch bei Oberbürgermeister Hilbert nach.



Ober- und Unterbecken des Pumpspeicherkraftwerks Niederwartha.

Nun könnte eine Lösung gefunden sein. Denn Hilbert teilte mit: »Denkbar wäre eventuell die Haltung des aktuellen Wasserstandes im unteren Stausee durch einen Weiterbetrieb der Brunnengalerie zum Ausgleich der entstehenden Wasserverluste (Verdunstung, Versickerung).« Die Haltung des Wasserstandes könne gegebenenfalls auch nur saisonal in Betracht gezogen werden. Dazu sagt André Schollbach: »An dieser Lösung sollte weiter gearbeitet werden, um den Fortbestand des Stauseebades zu sichern.«

Thomas Feske

**100% sozial – Vermietung startet**

Dresden vermietet wieder Sozialwohnungen in Neubauten!



Wohnprojekt an der Ulmenstraße in Kleinschachwitz – Blick vom Balkon.

Mit einem neu von der kommunalen WiD »Wohnen in Dresden« errichteten Mehrfamilienhaus in der Ulmenstraße in Kleinschachwitz ist Dresden wieder aktiv in den Wohnungsmarkt eingestiegen. Bereits seit April konnten Interessierte sich in einer Musterwohnung umschaun. Am 25. Juni erfolgte die offizielle Einweihung des Gebäudes in Anwesenheit von Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann (DIE LINKE). Das angebotene Spektrum an Wohnungen reicht von der Vierraumwohnung für kinderreiche Familien oder Mehrgenerationenwohnen bis zur Einraumwohnung für Singlehaushalte.

Dabei ist auch eine große Wohnung, die behindertengerecht ausgebaut wurde, mit größeren Türen, niedrig angeordneten Tür- und Fensterbeschlägen und einem behindertengerechten Bad. Diese Wohnung ist derzeit das Sorgenkind im Angebotsportfolio, da sie bisher wenig nachgefragt wird und noch nicht vermietet ist. Barrierearm, heißt, ohne Schwellen sind alle Wohnungen. Allerdings sind die Wohnungen in den höher liegenden Etagen noch nicht barrierefrei erreichbar, weil das Gebäude aus Kostengründen nicht über Aufzüge verfügt. Aufzüge hätten das Budget gesprengt und stellen bei allem Komfort auch einen dicken Posten in den Betriebskosten dar. Das muss nicht so bleiben. Denn die auf dem ersten Blick mit einem extrem großen Treppenauge für einen Sozialwohnungsbau äußerst großzügig wirkenden Treppenhäuser erhalten hier ihre Begründung, es wurde nämlich so vorausschauend geplant, dass Aufzüge jederzeit im Treppenhäuser bei Bedarf nachgerüstet werden können

und so zukünftigen Veränderungen in der Nachfrage Rechnung getragen werden kann.

Umstritten beim Entwurf waren auch Balkone. Die Wohnungen auf der Ulmenstraße, wie auch alle anderen neuen Wohnungsbauten der WiD, werden mit Balkonen ausgestattet, da diese in schlechten Zeiten die Werthaltigkeit und Vermietbarkeit von Wohnungen erhalten. Zu sparsame Bauherren in der Vergangenheit sahen sich in Zeiten des Überangebotes an Wohnungen gezwungen, Balkone zu ergänzen, damit die Wohnungen vermietet werden konnten. Zwar herrscht zur Zeit Wohnungsknappheit in Dresden und die Mieten steigen, was Bedarf an Sozialwohnungen erzeugt. Bedacht werden muss jedoch, dass ein Wohnhaus sich wirtschaftlich für mindestens vierzig Jahre tragen sollte und ungewiss ist, was die Zukunft für den Wohnungsmarkt in Dresden bringt.

Zumindest wissen wir, was die WiD in Zukunft plant. Neben den erwähnten 22 Wohnungen auf der Ulmenstraße ist das Projekt Nickerner Weg mit 48 Wohnungen dieses Jahr in der Fertigstellung. Nächstes Jahr ist an zehn Standorten mit dem Bezug von 267 Wohnungen zu rechnen, übernächstes Jahr noch einmal mit 269 Wohneinheiten. Für 2023 sind 24 Nachzügler aus dem gegenwärtigen Förderprogramm des Freistaates geplant. Gesichert ist derzeit also die Errichtung von 630 neuen städtischen Wohnungen. Wenn einige Planungsfragen geklärt werden, könnten auf der Florian-Geyer-Straße und am Käthe-Kollwitz-Ufer noch ein mal ungefähr 150 hinzukommen.

Tilo Wirtz

# Haushaltspolitik in Corona-Zeiten

Durch die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ist eine Sonderrezession eingetreten.



Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat will eine lockere Haushaltspolitik, um die Krise nicht zwangsläufig zu verschärfen.

Die Wirtschaft wurde weltweit ausgebremst, und das zeigt sich sofort in deutlich verminderten Staatseinnahmen. Gleichzeitig gab es auf allen staatlichen Ebenen Mehrausgaben zur Bewältigung der medizinischen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19.

Wie diese Sonderrezession verlaufen wird, ob sie wie so oft nach derartigen Krisen in einer kurzen Sonderkonjunktur mündet, um dann wieder auf den Entwicklungspfad der Vorkrisenzeit einzuschwenken oder ob die mittelfristig auf eine Rezession hinauslaufende Situation vor der Coronakrise noch

einmal negativ befeuert wird, kann niemand valide voraussagen.

Das finanzpolitische Verhalten von Bund und Land war kommunikativ vorbildlich: Es wurden sofort in unerwarteter Größenordnung Gelder zur Krisenbekämpfung freigegeben und es wurde mutmachend und optimistisch geredet. Ob das finanzpolitische Handeln von Bund und Land ebenso vorbildlich ist wie die Kommunikation wird sich sicher erst in den nächsten Monaten zeigen, wenn es darum geht, die finanziellen Ausfälle auch für die nächsten Jahre zu kompensieren.

Ganz anders wurde allerdings in Dresden agiert.

Konnte man die anfänglichen schrillen Alarmrufe des Finanzbürgermeisters Dr. Peter Lames noch als Verhandlungsstrategie deuten, um möglichst großzügige Unterstützungen aus den Kassen von Bund und Land zu erhalten, zeigt sich nun: Er ist gewillt, die finanziellen Folgen der Pandemie auch auf die Bürgerinnen und Bürger der Stadt umzulegen. So gibt es bis zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels keine Zeichen, die Haushaltssperre wieder aufzuheben, obwohl die rechtliche Verpflichtung

zum Erlass längst aufgehoben ist. Und die rigiden Budgetvorgaben für die Planung des nächsten Doppelhaushaltes 2021/2022 lassen erhebliche Kürzungen überall dort erwarten, wo es keine Gesetze gibt, die den Bürgerinnen und Bürgern eine Leistung zusichern. Zwölf Prozent des Sachkostenhaushaltes sollen die Ämter der Stadt einsparen. Und selbstverständlich sind die Fördergelder, beispielsweise für einen Seniorentreff, aus Sicht der Kämmerei nur Sachkosten, auch wenn dort Angestellte arbeiten. Aus Sicht der LINKEN ist eine solche Haushaltspolitik nachteilig, denn gegen eine Krise anzusparen führt zwangsläufig zur Verstärkung der Krise.

Würde die Stadt durch so eine Haushaltsreduktion 50 Millionen Euro einsparen, so wären das auch 50 Millionen Euro, die kleine Gewerbetreibende weniger verdienen. Deshalb plädieren wir ganz klar für eine lockere Haushaltspolitik. Um die regionale Wirtschaft zu stärken, sollten keine Einsparungen vorgenommen werden, sondern sogar ein temporärer Aufwuchs der Sachausgaben erfolgen. Die Finanzierung kann über verschiedene Kreditierungsmaßnahmen erfolgen. So können bereits geplante Investitionen auf städtische Tochtergesellschaften ausgelagert werden, man kann einen ganz normalen Kredit bis zu einer definierten Höchstgrenze (ich schlage 20% des Sachanlagevermögens der Stadt vor) zulassen oder auch zum Instrument einer Bürger\*innenanleihe greifen. *Tilo Kiebling*

## ANTRAGSINITIATIVE

### Ein Netz für alle – Bildungsgerechtigkeit fördern.

Die Corona-Zeit ist an den Schulen ganz unterschiedlich bewältigt worden. So konnte die Unischule ihren Kindern und Jugendlichen die Laptops nach Hause mitgeben und alle hatten einen Zugang zum Onlineunterricht und den Materialien. Wenn man früh mit dem Online-Morgenkreis begonnen hat, war das für die Jugendlichen zum Finden einer Tagesstruktur günstig. An anderen Schulen hatte ein Teil der Schülerinnen und Schüler keinen Zugang zur Technik, nur über das Handy waren sie erreichbar. Sie konnten sich keine Materialien runterladen, geschweige denn ausdrucken. Oftmals konnten die Eltern das Lernen der Kinder zu Hause nicht unterstützen. Um dem entgegenzuwirken haben LINKE und SPD im Stadtrat einen interfraktionellen Antrag ausgearbeitet. Dieser enthält folgende Punkte:

1. Es muss eine bessere WLAN-Anbindung geben. Freifunk steht mit Routern in den Startlöchern und sie sind darin zu unterstützen. Sie können damit jeweils zwei bis drei Hauseingänge eines Blocks abdecken. Voraussetzung ist jemand, der den Router bei sich installiert und schon einen Zugang hat. Wer in Gorbitz oder Prohlis wohnt und uns da helfen will, kann sich gern bei uns melden und wir klären euch über die Möglichkeiten auf!
2. Die Stadt selbst muss auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Ausbau weiter voranzutreiben.
3. Die Stromkosten für die Router müssen bereitgestellt werden. Das sind etwa 20 Euro im Jahr.
4. Familien mit Dresden-Pass soll es möglich sein, in Stadtteilbibliotheken und weiteren kommunalen Einrichtungen kostenfrei oder zumindest kostengünstig zu scannen, drucken oder zu kopieren.

5. Es soll ein Endgerätekonzept für die Schulen vorgelegt werden, er aufzeigt wie alle Schülerinnen und Schüler Zugriff erhalten auf ein geeignetes Gerät.

Wir setzen alles daran, die Mehrheit im Stadtrat zu überzeugen. Hoffen wir auf eine positive Abstimmung.

*Anja Apel*



Wer Bildung gerecht gestalten will, muss einkommensschwache Familien unterstützen.

## FREIE KULTURSZENE

## Mietenfonds für Kulturschaffende

Die Veranstaltungsszene in Dresden ist in besonderem Maße durch die Einschränkungen im Zuge der Pandemie-Bekämpfung betroffen. Konzertclubs, soziokulturelle Zentren, Programmkinos und ähnliches sollten deshalb zusätzlich kommunal unterstützt werden. Durch die Initiative von Stadtrat Magnus Hecht hat die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit SPD und GRÜNEN einen Antrag eingereicht, mit dem Musikveranstalter, soziokulturelle Einrichtungen, Clubs und Kleinkunstabühnen bis zu drei Monate Miete, Pacht- oder vergleichbare Verpflichtungen durch die LHD gefördert bekommen sollen. Dieser Antrag genießt bereits in den Ausschüssen große Befürwortung und wird voraussichtlich vom Stadtrat in der Sitzung am 6. Juli beschlossen.

Die Redaktion



Magnus Hecht stellt den Antrag zum Mietenfonds vor.

## Soziale Folgen der Corona-Politik

Die erlassenen Maßnahmen und insbesondere der »Shutdown« haben zu einer bisher ungekannten Situation geführt.



Die Landeshauptstadt muss als Akteurin handlungsfähig bleiben.

Die Aufforderung, zu Hause zu bleiben, die Schließung der Geschäfte, Kurzarbeit und das Verbot sozialer Kontakte betrafen und betreffen Menschen unterschiedlich, je nach eigener Lebens-, Wohn- und Arbeitssituation. Das politische Handeln muss auf diese unterschiedlichen Betroffenheiten eingehen, eine pauschale Haushaltssperre für alle Bereiche ist schlicht ungerecht.

Einige Personengruppen leiden besonders stark unter den COVID-19-Maßnahmen. So war die Betreuung und Beschulung der Kinder kaum mit der Arbeit im Homeoffice zu vereinbaren, besonders für Alleinerziehende. Viele Eltern sind in der Folge in unbezahlten Urlaub gegangen oder haben ihre Arbeitszeit reduziert – mit entsprechenden finanziellen Einbußen. Es kam auch zu äußerst belastenden Situationen zu Hause, teils zu gewalttätigen. Eine Münchner Studie kam zu dem Ergebnis, dass während des Kontaktverbots etwa 3% der Frauen und 6,5% der Kinder häusliche Gewalt erlebten.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist dramatisch, zehntausende Personen arbeiten in Kurzarbeit, die Anzahl von Neuanträgen auf Hartz IV haben sich im Monat April auf 2500 Anträge mehr als vervierfacht. Ältere

und andere Angehörige der Risikogruppen sind nach wie vor in ihrem sozialen Leben stark eingeschränkt.

Auch wenn die schrittweise Lockerung der Maßnahmen nun vollzogen wird, bleiben psychische und physische Auswirkungen durch die individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie bestehen.

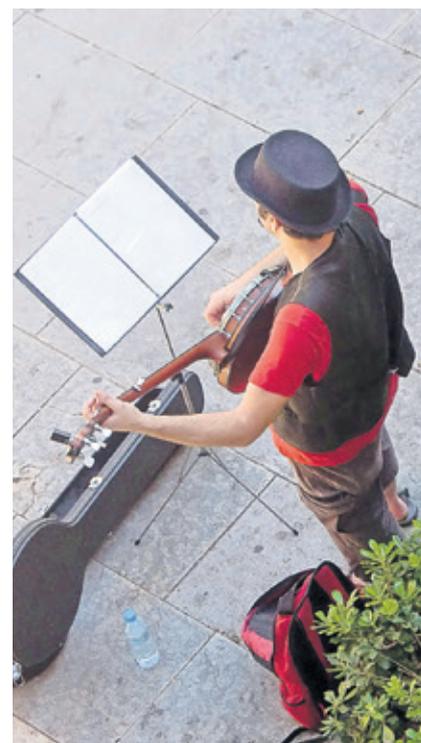
Um diesen bereits jetzt deutlich sichtbaren massiven sozialen Folgen begegnen zu können, die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht noch weiter zu verschärfen, soziale Härten wo es geht abzuschwächen und auch Konfliktsituationen in Familien aufarbeiten zu können, ist es notwendig, dass die Landeshauptstadt als Akteurin handlungsfähig bleibt.

Beratungsstellen können eine sehr wichtige Rolle spielen. Dazu muss es möglich sein, die Kapazitäten von Arbeitslosenberatungen, Anlaufstellen für Betroffene häuslicher Gewalt, Schuldnerberatungen oder sonstige Fachstellen für Krisensituationen bei Bedarf schnell zu erhöhen. Hier muss die Kommune sich einen Spielraum erhalten. Die Sperre sämtlicher Ausgaben ist keine angemessene Reaktion auf die derzeitige Krise. Pia Barkow

## STRASSENMUSIK

## Stille Gassen

Für die einen ist es ein Zubrot, für andere ein elementarer Teil ihrer Einkünfte. So oder so, Straßenmusikerinnen und Straßenmusiker haben es nicht leicht. Wer im öffentlichen Raum, der uns doch eigentlich allen gehören sollte, spielen will, muss eine Sondernutzung beantragen. Das geht nur über eine spezielle App. Nur wer schnell ist bekommt einen guten Platz. Außerdem müssen sich die Musikerinnen und Musiker auch an fest definierte Spielzeiten halten und sind dazu noch an Orte gebunden. Bis vor kurzem war zudem auch noch der Link für den Antrag zur Sondernutzung deaktiviert. Man könnte meinen, dies sei kein Zufall. Für Viele bedeutete es die Bedrohung ihrer Existenz.



Kunst fördern statt Bürokratie.

Die Situation ist auch ohne Corona schon schwierig genug und trotzdem wird weiter die Verschärfung der Auflagen, besonders durch Konservative, gefordert. Regelmäßig gibt es Petitionen gegen Straßenmusik mit elektronischen Verstärkern. Ein pauschales Verbot lehnen wir ab, hierdurch wird nicht nur die Freiheit der Kunst eingeschränkt, ein Verbot schafft sogar eine Ungleichbehandlung. Wer auf die Verstärker angewiesen ist (E-Gitarre, Keyboard...), wird dann nicht mehr spielen können. Zudem kommt hinzu: Mit einem Dudelsack oder Blasinstrumenten können Musikerinnen und Musiker problemlos einen Verstärker übertönen. Was wäre dann mit dem Verbot erreicht? Richtig, gar nichts, außer weitere Repression. Als LINKE haben wir eine Anhörung mit Expertinnen und Experten gefordert, um herauszufinden, ob und wie sich Lautstärke von Straßenmusik messen lässt, um dann über mögliche Wege zu diskutieren. Christopher Colditz

## GANZHINTEN LINKS

## Sachkosten?

Egal, ob es um die »freiwillige Haushaltssperre« in Dresden (gegen den ausdrücklichen Rat des Freistaates erlassen) geht oder um die avisierte Kürzung der Mittel um zwölf Prozent im nächsten Jahr, immer wird zur Beruhigung das Folgende mitgeteilt: Personalkosten seien ausgenommen, es betreffe doch NUR die Sachkosten. Man sieht seinen eigenen Privathaushalt oder sein eigenes Büro und denkt: »So schlimm kann es doch nicht sein, mit zwölf Prozent weniger für Papier, Schreibstifte, Kaffeetassen, Benzin und Putzmittel auszukommen. Man muss halt ein wenig sparsamer sein und die Dinge pfleglicher behandeln.« Was dabei nur »vergessen« wird: »Sachmittel« einer Großstadt sind die Fördermittel für soziale Ein-



richtungen, die sich direkt in die Gehälter der dort Beschäftigten verwandeln, »Sachmittel« sind die Honorare für Künstler\*innen, Veranstaltungstechniker\*innen und freiberufliche Musiklehrer\*innen, die gerade jetzt dringend wieder Arbeit brauchen. Und »Sachmittel« sind die Aufträge an Handwerksfirmen, die Leistungen für die Stadt erbringen, sei es bei der

**»Diese Kürzungen sind der falsche Ansatz.«**

Pflege von Grünanlagen oder bei der technischen Wartung. »Sachkosten« sind die monatlichen Einkommen derjenigen, die durch den Lockdown am härtesten getroffen wurden.

Jens Matthis

## ANTRAGSINITIATIVE

## Kostenfreier ÖPNV in Loschwitz?



Jens Matthis und Hans-Jürgen Burkhardt stellen am Ortsausgang Weißig ihren Antrag vor.

In den Jahren 2020 und 2021 werden umfangreiche Baumaßnahmen auf der Bautzner Straße und an der Loschwitzer Brücke durchgeführt. Der ohnehin viel befahrene Streckenabschnitt wird dadurch zusätzlich eingeschränkt. Um die Belastung für Anwohner\*innen und Durchfahrende zu verringern, hat die Fraktion DIE LINKE auf Initiative von Stadtrat Jens Matthis

und dem Loschwitzer Stadtbezirksbeirat Hans-Jürgen Burkhardt einen Antrag mit konkreten Maßnahmen ausgearbeitet, um das Aufkommen an motorisiertem Individualverkehr im Stadtbezirk Loschwitz, insbesondere auf den Verkehrszügen Bautzner Straße/Bautzner Landstraße zu verringern. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören unter anderem eine

unverzügliche Einrichtung des P+R Platzes Sohlander Straße, die Einrichtung eines zusätzlichen temporären P+R-Parkplatzes mit Anschluss an den SEV der Linie 11 (z.B. am Ortsausgang Weißig) sowie die Gewährung eines temporär kostenfreien ÖPNV auf der Linie 11 (zwischen Bühlau und Bhf. Neustadt)

Die Redaktion

## VERANSTALTUNG

## Anja Apel zu Gast in Loschwitz

Stadträtin Anja Apel bietet am 15. Juli 2020 um 19 Uhr im Café Luk, Grundstraße 174, 01324 Dresden eine Veranstaltung zu den Themen Schule, Inklusion und digitales Lernen an. Bereits 18 Uhr beginnt vor Ort eine offene Bürgersprechstunde, zu der Sie gern ebenfalls eingeladen sind.

Die Schulen und Kitas sind zwar wieder offen, doch bereits jetzt machen sich die Auswirkungen der Schließungen bemerkbar. So hängen Schülerinnen und Schüler aus Familien mit geringem Einkommen und ohne geeignetes Endgerät und Internet bereits jetzt ihren Mitschülerinnen und Mitschülern hinterher. Ein Pro-

blem, dass sich zunehmend verschärft. Die Kitas in Dresden stehen derweil vor alten wie auch neuen Herausforde-

rungen, welche durch die Pandemie noch deutlicher sichtbar geworden sind.

Die Redaktion

**"Schule & Kita: Corona. Digitalisierung? Inklusion!"**

mit Stadträtin Anja Apel

15. Juli, 19 Uhr  
im Café Luk

um 18 Uhr gibt es eine offene Bürgersprechstunde vor Ort

**DIE LINKE.**

## VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresder Stadtrat

## Impressum

**Herausgeber**  
DIE LINKE. Fraktion  
im Dresder Stadtrat  
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208  
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

**Kontakt**  
Telefon: 0351/4882822  
fraktion@dielinke-dresden.de  
www.linke-fraktion-dresden.de

**V.i.S.d.P.**  
Thomas Feske

**Autor\*innen dieser Ausgabe**  
Anja Apel, Pia, Barkow, Christopher Colditz,  
Thomas Feske, Dr. Margot Gaitzsch, Katharina  
Hanser, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo  
Kießling, Jens Matthis, Jana Neveling, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

**Bildnachweise**  
Brücke Europa/ wikimedia commons (1),  
Christopher Colditz (2), Isfort+Isfort (2), Frank  
Grätz(2,8), Tom Wittig (3), Katharina Hanser  
(4), Matthias Schüssler (4, 7), Filmboten/  
wikimedia commons (5), Tilo Wirtz (5), eyewafe/  
Adobe stock (6), muscat-coach/ pixabay (6),  
congerdesign/ pixabay (7), efes/ pixabay (7),  
Marcel Ritschel (8), Bruno/ pixabay (8))

**Gestaltung und Satz**  
Norbert Engemaier

**Druck**  
LR Medienverlag und Druckerei GmbH

**Auflage**  
Die Papierausgabe wird in einer Auflage  
von 6500 Exemplaren gedruckt.

**Redaktionsschluss**  
18.6.2020

**Abonnement**  
»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an  
fraktion@DIELINKE-dresden.de abonniert  
werden.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresder Stadtrat